«Wir sind nicht über den Berg»

Der Berner Gemeinderat legt dem Stadtrat **ein Sparpaket von 25 Millionen Franken** vor

Der Gemeinderat hat sein Sparziel «nahezu erfüllt», sagt Finanzdirektorin Barbara Hayoz (fdp). Das Paket bringe einen «vertretbaren Abbau» von Aufgaben und keinen Kahlschlag. Rot-Grün will gewisse Massnahmen im Sozialbereich nicht mittragen.

BERNHARD OTT

Stadtpräsident Alexander Tschäppät und Finanzdirektorin Barbara Hayoz haben **keinen Anlass zum Jubeln.** ARCHIVBILD MANU FRIEDERICH

Das Wort «Opfersymmetrie» ist ein Lieblingsbegriff von Finanzdirektoren. Die Berner Gemeinderätin Barbara Hayoz (fdp) definierte ihn gestern gegenüber den Medien so: «Wo gespart wird, wo Leistungen abgebaut oder Gebühren erhöht werden, trifft es immer jemanden.» Entsprechend lauthals hätten sich jüngst die «Vertreter von Partikularinteressen» in den Medien Luft verschafft, meinte Hayoz unter Anspielung auf die Proteste gegen Kürzungen im Sozialbereich. Der Gemeinderat würde ja gerne auf alle Wünsche eingehen, aber die Finanzlage lasse dies nicht zu. «Die Stadt Bern ist noch nicht über den Berg», sagte Hayoz. Nach 2008 könne der Haushalt nur dann im Gleichgewicht bleiben, wenn der Kanton das Moratorium für die Rückzahlung der altrechtlichen Bilanzfehlbeträge von 185 Millionen Franken um zwei Jahre verlängere.

Rot-Grün verteidigt Kernanliegen

Die von Hayoz erwähnten «Vertreter von Partikularinteressen» könnten bald in der Mehrheit sein. Das letzte Wort über das Sparpaket in der Höhe von 24,9 Millionen Franken hat der Stadtrat. SP und Grünes Bündnis haben auf Anfrage ihr prinzipielles Ja signalisiert. Zugleich sind sie aber nicht bereit, gewisse Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich von 1,2 bis 1,5 Millionen Franken mitzutragen. Dabei geht es zum Beispiel um zusätzliche Ferienwochen in den Kindertagesstätten. Laut Finanzdirektorin Hayoz würden diese Abstriche drinliegen. Werde das Paket zu 80 Prozent umgesetzt, gebe es in den nächsten Jahren schwarze Zahlen. Finanzverwalter Charles Pfister ist weniger optimistisch: «Das Geld müsste kompensiert werden.»

Personalverbände wehrten sich

Das Sparpaket in der Höhe von 24,9 Millionen Franken setzt sich folgendermassen zusammen (siehe auch Tabelle): 3,2 Millionen Franken werden beim Personal eingespart. Hier waren ursprünglich 4,5 bis 5 Millionen vorgesehen. Der vom Gemeinderat beabsichtigte Verzicht auf den Teuerungsausgleich für 2008 wurde von den Verbänden jedoch nicht akzeptiert. Stattdessen soll jeder städtische Angestellter nun eine Pauschale von 300 Franken erhalten. Sowohl Tschäppät wie Hayoz strichen die beachtlichen Leistungen des Personals hervor. Die 3,2 Millionen Franken seien nach wie vor ein hoher Beitrag. «Das muss man anerkennen», sagte Hayoz.

Kritik am «Geldverschieben»

Der Gemeinderat selber hat in der Verwaltung ein Sparpotenzial von 10,9 Millionen Franken ausgemacht. Darunter fallen die Kantonalisierung der Lebensmittelkontrolle (500 000 Franken), Einsparungen bei der Informatik (420 000 Franken) und im Kulturbereich (1,38 Millionen Franken). Bei Letzteren gab jüngst vor allem der beabsichtigte Verzicht auf die Subventionen fürs Kornhausforum in der Höhe von 980 000 Franken zu reden. Der Stadtrat hatte sich schliesslich für eine Reduktion der Beiträge auf 590 000 Franken ausgesprochen.

Der grösste Effekt wird jedoch nicht mit Kürzungen erzielt: So werden die stadteigenen Stadtbauten (Stabe) ein Mietzinsmoratorium für die Verwaltung erlassen. Dadurch können die Ausgaben um 2,15 Millionen Franken vermindert werden. Laut Pfister verzichten die Stadtbauten darauf, die Teuerung zu verrechnen. «Die Mietzinse werden eingefroren», sagte Pfister.

Mehreinnahmen von 3,1 Millionen Franken bringt die höhere Verzinsung des Dotationskapitals durch den stadteigenen Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. FDP-Präsident Thomas Balmer hat solche Transaktionen als «Hin-und-her-Schieben von Geld» bezeichnet. «Klar, dieses Geld kommt nicht von aussen», sagte Stadtpräsident Alexander Tschäppät. Bei der Erhöhung der Kapitalverzinsung handle es sich aber nicht bloss um eine «arithmethische Übung». Finanzverwalter Pfister ergänzte, dass man die höhere Zinsablieferung auch als «Gegenleistung» verstehen könne. «Die Stadt hat dem Fonds das Bauland im Schlachthofareal und auf dem Ostermundiger Oberfeld quasi geschenkt», sagte Pfister.

Parkgebühren werden erhöht

Ihren Sparbeitrag leisten müssen schliesslich auch die Direktionen. Hier sollen rund 10,8 Millionen Franken eingespart werden. Bereits heftig umstritten ist hier die geplante Erhöhung der Parkkartengebühren, die Mehreinnahmen von 800 000 Franken in die Kasse der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie spülen soll. Die FDP bezeichnet das Ansinnen in einem Communiqué als «indirekte Steuererhöhung» und sieht darin einen «weiteren Angriff auf das Portemonnaie der Bürger».

Sozialdirektion geschont

Ihre Vorgaben nicht einhalten konnte die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) von Edith Olibet (sp). Mit 4,2 Millionen Franken liegen die Einsparungen 1,2 Millionen Franken unter dem ursprünglich anvisierten Betrag. Da die rot-grünen Parteien bei der Budgetdebatte im Stadtrat zudem die bereits erwähnten 1,2 bis 1,5 Millionen Franken wegstreichen dürften, bleibt nicht mehr allzu viel übrig. «Für die Sozialdirektion ist es ungleich schwieriger, Sparvorgaben umzusetzen», sagte Tschäppät. Der Kanton finanziere immer weniger Leistungen durch den Lastenausgleich mit und einnahmenseitig sei wenig zu holen, sagte Tschäppät. «Die Direktion hat ihre Sparvorgaben durchaus erfüllt», meinte demgegenüber Finanzverwalter Charles Pfister. Es sei vielmehr der Gemeinderat selber, der gewisse Sparposten wie den Verzicht auf die Betreuung auf dem Spielplatz Längmuur an der Aare gestrichen habe. «Es gab eine Petition. Da waren Unterschriften aus der ganzen Welt drauf», meinte Stadtpräsident Alexander Tschäppät.

DIE ZAHLEN IM ÜBERBLICK

Sparpaket des Berner Gemeinderats (vom runden Tisch bereinigt)

	in Mio Franken
Vorschläge Gemeinderat	10,9
Kürzungen Direktionen	10,8
davon: – Präsidialdirektion	0,9
– Sicherheit, Umwelt und Energie	2,2
– Bildung, Soziales und Sport	4,2
– Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün	2,5
– Finanzen, Personal und Informatik	1,0
Einsparung Personal	3,2
Sparpaket total	**24,9**

KOMMENTAR

Bloss ein erster Schritt

BERNHARD OTT

Die Jahre der Finsternis in der Stadt Bern sind offenbar vorbei. «Die dunkelsten, mit Unwetter beladenen Wolken verziehen sich langsam am finanzpolitischen Horizont», sagte gestern Stadtpräsident Alexander Tschäppät. Mit Einsparungen von 25 Millionen Franken bringt das elfte Sparpaket der Stadt Bern ein ausgeglichenes Budget im Euro-Jahr 2008. Das hat zweifellos eine grosse politische Symbolkraft, zumal auch die rot-grünen Parteien erstmals seit Jahren gewillt sind, Abstriche zu machen. Mehr als ein erster Schritt ist damit jedoch nicht getan.

Die Stadt Bern ist zwar durch den Schuldendienst (noch) nicht verknechtet. Aber ihre finanzpolitische Freiheit reicht nicht weit. Die altrechtlichen Bilanzfehlbeträge aus den 1990er-Jahren betragen zurzeit 185 Millionen Franken. Ihr Abbau wird das Budget ab 2009 oder 2011 wieder belasten. Die Revision des kantonalen Steuergesetzes entzieht der Stadtkasse zusätzlich zweistellige Millionenbeträge. Und die aufgeschobene Erhöhung der Zentrumslasten dürfte sich erst ab 2012 auswirken. Angesichts dieser Dimensionen mag es lächerlich wirken, wenn nun die Schliessung von Spielplätzen, die Kürzung der Beiträge an die Ludotheken oder die Erhöhung der Parkkartengebühren zum Politikum werden. Aber angesichts einer möglichen Zwangsverwaltung durch den Kanton müssen jene Diskussionen versachlicht werden, die seit Jahren ideologisch geführt werden. Dazu gehört etwa auch eine Debatte über die Teilprivatisierung von Energie Wasser Bern (EWB).

Es gilt nun, auf der gemeinsamen Einsicht am runden Tisch der Fraktionen aufzubauen. Alle Parteien wollen den Haushalt entlasten. Also wird es auch allen irgendwo weh tun. Was die Stadt Bern nun zuletzt brauchen kann, sind die von Eigennutz geprägten Vorstösse und Voten all der Nationalratskandidaten im Stadtrat, die sich vor den Wahlen noch profilieren wollen. Und neue Begehren wie das von der SP lancierte Obligatorium für Ganztagesschulen. In Zeiten der Hochkonjunktur ist das alles schwierig zu vermitteln. Die Verwaltungsstadt Bern ist träger als die Bankenstadt Zürich, wo heute über Steuersenkungen diskutiert wird. «Dafür gehts aber auch weniger rasch wieder den Berg runter», meinte Tschäppät.

KURZ

Mädchen zeigen Wünsche

STADT BERN Morgen Samstag zeigen Mädchen und junge Frauen am Aktionstag MädELLE in einer Plakatausstellung am Kornhausplatz, was ihnen wichtig ist. Junge Passantinnen können sich in einem mobilen Fotostudio porträtieren lassen und Kommentare anbringen. Gemeinderätin Edith Olibet und Nationalrätin Franziska Teuscher werden zum Thema Arbeit mit Mädchen reden. Initiiert wird der Aktionstag von der vernetzten offenen Jugendarbeit des Kantons Bern VOJA, der 19 Gemeinden angehören, unter anderem Bern.

Vorträge zum Bilinguismus

STADT BERN Der Verein «Francophones de Berne» lädt Interessierte zu einer Diskussion über die Vorteile des Bilinguismus und über die neu geschaffenen zweisprachigen Maturaklassen in der Stadt Bern ein. Die beiden Sprachwissenschaftler Claudine Brohy aus Freiburg und Adrien Cornaz aus Aarau referieren am 9. Mai um 19 Uhr im Restaurant Egghölzli. Der Anlass, bei dem auf Französisch debattiert wird, steht allen Interessierten offen. (pd)

Nachteil für Schweizer Autoren

Berns Buchhändler reagieren verärgert über die Freigabe der Buchpreise

Kleine Buchhandlungen fürchten um ihre Existenz, nachdem der Bundesrat die Preisbindung im Buchhandel aufgehoben hat. Sie wollen künftig enger zusammen arbeiten.

ANDREAS STAUFFER

Der Tenor der kleinen Buchhandlungen ist einhellig. Die meisten rechnen mit einem Anstieg der Buchpreise und fürchten gar um ihre Existenz.

Gurli Jensen von der Buchhandlung zum Zytglogge sagte auf Anfrage, sie rechne mit einer «Einebnung der literarischen Vielfalt.» Die Buchhändlerin kann diesen Entscheid nicht verstehen und fragt rhetorisch: «Warum müssen wir in der Schweiz nachmachen, was sich im benachbarten Ausland bereits als falsch erwiesen hat?» In Frankreich sei man wegen der schlechten Erfahrungen bereits wieder zur Preisbindung zurückgekehrt.

Jensen erwartet, dass im Preiskampf der grossen Buchhandlungen die Schweizer Autoren unter die Räder kommen werden. Den Einwand, dass die Preisbindung in der Westschweiz bereits gefallen ist, lässt sie nicht gelten. «Das Preisniveau ist dort über zehn Prozent höher, weswegen man die Märkte nicht vergleichen kann.»

Im Verbund einkaufen

Ruth Bäriswil vom Chinderbuechlade setzt auf Qualität und Beratung: «Das ist unsere Stärke, das haben wir den Discountern voraus». Untätig will sie trotzdem nicht bleiben. «Für populäre Titel könnten wir künftig im Verbund mit anderen kleinen Buchhandlungen einkaufen.» Sie verweist darauf, dass sich die kleinen Buchhandlungen der Stadt Bern im Netzwerk «Be-Lesen» zusammengeschlossen haben. «Das verhilft uns bestimmt zu mehr Sichtbarkeit und zeigt die Stärken der spezialisierten Buchläden auf.»

Steigen die Preise?

Bei kleinen Buchhandlungen liesse sich im administrativen Bereich, etwa im Computerbereich, noch einiges einsparen. Gallus Weidele von der ökumenischen Buchhandlung Voirol sagt: «Wir alle benutzen eine eigene Infrastruktur oder einen Buchhalter – in diesem Bereich ist auf jeden Fall noch Potenzial vorhanden.» Erfreut über den Wegfall der Preisbindung ist aber auch Weidele nicht. «Ich befürchte, dass die Preise für Fachbücher steigen werden, was viele Kunden nicht akzeptieren werden.» Ueli Riklin von der Münstergass-Buchhandlung sagt, sein Geschäft werde die Preise nicht anheben. Bei diesem Entscheid habe «die Ökonomie über die Kultur gesiegt.» Riklin hofft auf die parlamentarische Kommission, die bis Ende Jahr Gegensteuer geben soll. «Niemand ist ernsthaft für die Aufhebung der Preisbindung», sagt Riklin, «nicht einmal die grossen Buchhandlungen.»

Bedauern der «Grossen»

Stauffacher und Thalia, die beide zu deutschen Konzernen gehören, bestätigen dies in einer Medienmitteilung: «Wir bedauern, dass es in der Schweiz vorübergehend keine vernünftigen und fairen Preise gibt.» Die Buchvielfalt sei ihnen ein grosses Anliegen, weshalb sie die Bemühungen unterstützten, eine gesetzliche Lösung auf gesamtschweizerischer Ebene zu finden.

KURZ

Fussgänger- und Velosteg über Aare wieder offen

RADELFINGEN Heute ab 16 Uhr kann der neue Velo- und Fussgängersteg über die Aare zwischen Niederried und Radelfingen wieder benutzt werden. Der alte, schlechter verankerte Steg wurde am 22. August 2005 von den Fluten der Aare weggerissen. (pd)

Kinder und Künstler

ITTIGEN In der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik Neuhaus an der Unteren Zollgasse 99, die heuer 70 Jahre alt wird, ist die Ausstellung «Kinder im Dialog mit Künstlern, Künstler im Dialog mit Kindern» eröffnet worden. Sie ist bis November täglich geöffnet. (wd)

Strassenfest in Lorraine

STADT BERN Am Samstag findet in der Lorraine ein Strassenfest auf zwei Bühnen statt. Auf der einen Bühne wird Rockmusik mit Bands wie Beat-man oder Bum Shankar geboten, auf der zweiten ist Hip-Hop mit u. a. Topfchopf, Prosaik und Baze angesagt. Das Fest dauert von 15 bis 22 Uhr, die Konzerte sind gratis. (pd)